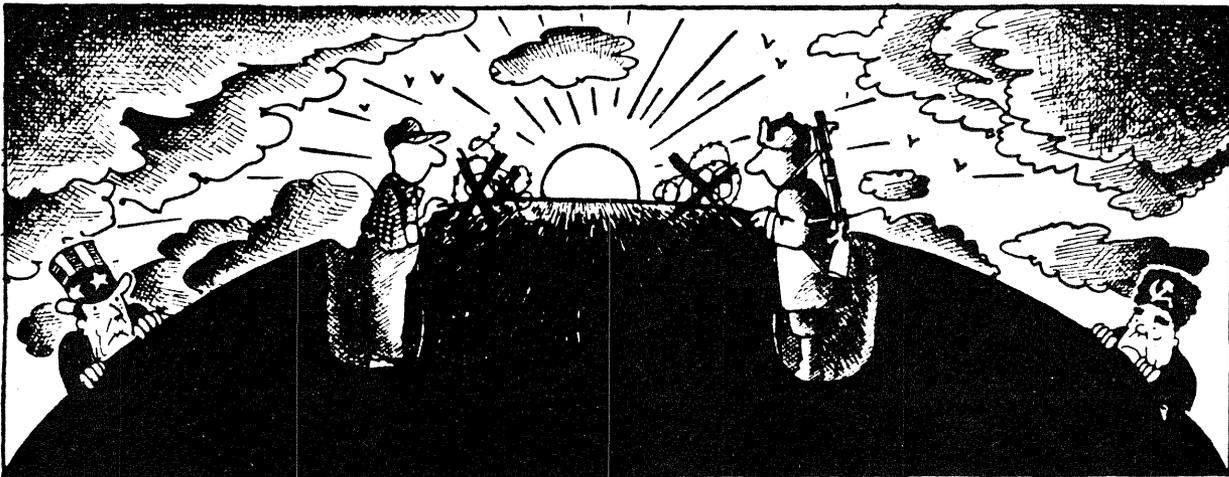


# Solidarität ist nicht teilbar

In Polen versucht die Regierung, sich ein neues Volk zu schaffen - langfristig gesehen natürlich ein mögliches Unterfangen. Millionen polnischer Menschen leiden heute psychisch und physisch unter dem Terror einer Ideologie, die sie in Selbstbestimmung umzubiegen versuchten. 'forum' kann nur seine, wenn auch ohnmächtige, Solidarität mit ihnen ausdrücken. Auch wenn uns der Begriff "Solidarität" gerade im Zusammenhang mit Polen arg lädiert erscheint. Präsident Reagan, die Sozialistische Internationale, der Papst, und unser "Nationaler Kulturrat" fühlen sich solidarisch mit dem polnischen Volk aus grundverschiedenen Beweggründen. Sie haben recht. Die Presse, von links nach rechts, bringt ellenlange Berichte und Analysen über Polen und übt Solidarität. Zu Recht. Nur ist, und das erscheint gerade jetzt überdeutlich, Solidarität für viele anscheinend teilbar! US-Außenminister Haig wird wütend, wenn er auf die Zustände in der Türkei angesprochen wird, die "Massaker in Amerikas Hinterhof" ('Spiegel'-Titel), in El Salvador, Guatemala und Haïti werden in manchen Presseorganen neben den langen Polen-Artikeln schamhaft totgeschwiegen. Aus Platzmangel?

Es wären zu dieser Problematik lange und bittere Ausführungen nötig. Wir wollen ganz einfach in den folgenden Artikeln über Polen, El Salvador und die Türkei dokumentieren, dass für uns Solidarität mit unterdrückten Menschen nicht teilbar ist. Unter welchen Vorzeichen auch immer.



in: Le Monde 20-21/12/1982

**D**a werden eine demokratische Gewerkschaftsbewegung und ein Verband von Kleinbauern unterdrückt. Gewerkschafter und gewählte Bauernführer landen im Gefängnis, dasselbe Schicksal erleiden kirchliche Laien-Mitarbeiter. Es herrscht Kriegsverbot. Die Zeitungen werden zensiert, die Telefone abgehört; private Briefe werden geöffnet und im Interesse der Staatssicherheit gelesen. Jede Nacht nach Anbruch der Sperrstunde herrscht nackte Angst.

Demokratische Willensäußerung und selbst kleinste Formen von passivem Widerstand werden hart verfolgt. Zugleich liegt die Wirtschaft darnieder. Die Mehrheit der Bevölkerung hungert. Eine der wenigen Einrichtungen, die planmäßig arbeiten, sind die Militärgerichte. Deshalb sind die Gefängnisse und die Konzentrationslager überfüllt.

Die örtlichen Machthaber stützen sich auf eine Großmacht im Ausland. Die gibt vor, es gehe ihr nur um Freiheit, Ordnung und weltweite Gerechtigkeit. Diese Großmacht

mischt sich kräftig ein. Sie liefert Waffen, Verhörspezialisten und Geld, damit sich ihre örtlichen Handlanger an der Macht halten können. Ziel der Großmacht: Alles soll beim Alten bleiben. Demokratische Reformen werden, nötigenfalls blutig, unterdrückt.

Für welches Land trifft diese Entscheidung zu? Für Polen? Sicherlich. Für Afghanistan? Auch. In beiden Fällen steht die Sowjetunion alles beherrschend im Hintergrund und treibt Grund- und Menschenrechte verachtende Großmachtspolitik.

Fragen wir weiter: El Salvador? Guatemala? Bolivien? Chile? Argentinien? Türkei? Auf jedes der genannten Länder trifft dieselbe Beschreibung zu. Nur: In all den letztgenannten Diktaturen, einschließlich Afghanistan, werden weit mehr Menschen umgebracht als in Polen. Den Diktatoren in der „freien“ Welt hält die westliche Großmacht, die USA, den Rücken frei.

Die Regierungen in Washington und Moskau betreiben ein und dasselbe Geschäft:

sie sorgen in ihrer Hälfte, in die sie die Erdkugel untereinander geteilt haben, dafür, daß nicht entsteht, was im Interesse der Großmacht nicht sein darf: Selbstbestimmung und das Recht auf den eigenen Weg für jedes Volk. (...)

Als im Januar US-Präsident Reagan, dem haitianischen Diktator Jean Claude Duvalier („Baby Doc“) zusicherte, er werde bei den anstehenden politischen und militärischen Initiativen der USA in der Karibik ein „vollwertiger Partner“ sein, da erhob sich hierzulande kein Wort der Entrüstung und der Kritik. Wohlgermerkt: an den Händen dieses „vollwertigen Partners“ klebt das Blut von zehntausenden Haitianern. Seine Killertruppen, die gefürchteten Tonton Macoutes, ermorden jeden, der im Verdacht steht, ein demokratischer Oppositioneller zu sein. Freie Gewerkschaften, Grund- und Menschenrechte sind in Haiti unbekannt. Statt dessen herrscht Massenehend. Ebenfalls im Januar sind weit über hundert Unterführer der salvadorianischen

Regierungsstreitkräfte in den USA eingetroffen zur Ausbildung im Antiguerrillakampf. Jeder von ihnen hat ungezählte Unschuldige auf dem Gewissen. In der Bundesrepublik versteckte man die Meldung auf den hinteren Seiten der Tagespresse, Protest erhob keiner. (...)

Wie sehen die von der westlichen Großmacht Bedrängten in Lateinamerika die Vorgänge in Polen? Die den Sandinisten gehörende, regierungsnahe Tageszeitung Nicaraguas, 'Barricada', berichtete am Tag nach dem Putsch in Polen mit der Tendenz, die Konterrevolution sei endlich zerschlagen worden. In Brasilien demonstrierte nicht mehr als eine Handvoll Gewerkschafter. Genug immerhin für eine Reportage im Fernsehen, das die Unterdrückung demokratischer Gewerkschaften in Brasilien tagtäglich deckt, beschönigt oder einfach verschweigt.

Dabei sitzen die demokratischen Gewerkschafter Brasiliens und die demokratischen Oppositionellen in El Salvador und Guatemala mit ihren polnischen Kollegen in vieler Hinsicht in einem Boot.

Sie bilden in jeweils ihrem Land Massenorganisationen mit einer breiten politischen Basis im Volk. Polen, Guatemalteken wie Salvadorianer bauen auf seit Jahrhunderten vorhandene örtliche, religiöse, kulturelle und soziale Strukturen. Ihre Bewegungen sind von unten nach oben gewachsen und nicht nach vorher zentral vorgegebenen Organisationsplänen strukturiert. Ihr politischer Erfolg hängt ab von dem Maß, in dem sie mit den einfachen Leuten vor Ort einig sind. Das gilt für die Basisgemeinden und den Volkswiderstand in El Salvador, für die indianischen Comunidades in Guatemala, für die Bewegung der Minenarbeiter in Bolivien,

für die Metallarbeiter von Sao Paulo wie für den freien Gewerkschaftsbund Solidarität. Ihre Ziele, Basisdemokratie, die auch in den Betrieben, im Gesundheitswesen und in den Ausbildungseinrichtungen gelten soll, sind — in völlig unterschiedlicher sozialer und kultureller Umgebung — weithin deckungsgleich. Sie laufen auf eine Gesellschaft hinaus, die selbstbestimmt, gerecht und demokratisch von unten her aufgebaut ist. Wer sich in einem solchen Widerstand engagiert, geht ein Risiko für Leib und Leben ein, — auch das eint die Widerständler gegen Diktaturen in Ost und West.

Deshalb ist es vermessen, von der Bundesrepublik aus westliche oder östliche Unterdrückung gegeneinander aufrechnen zu wollen. Freilich darf das Prinzip des Nichtgegeneinander-Aufrechnens nicht dazu führen, nun alle Verhältnisse in einen Topf zu werfen und keinen Unterschied mehr zu machen. Auch Unrecht und Schuld bleibt der Menge und der Schwere nach zu gewichten und zu beurteilen.

Und so ist es eine geradezu unerträgliche Heuchelei, wenn westdeutsche Konservative die polnische Junta angreifen und zugleich über die 30 täglich von den Militärdiktatoren Guatemalas und El Salvadors bestialisch Hingemordeten schweigen.

Angesichts der zynischen Politik beider Großmächte, die in je ihrer eigenen Welt Hälfte ihre Interessen ohne Rücksicht durchsetzen, wäre jetzt die Stunde der kleineren Mächte gekommen. Ihre Aufgabe bestünde darin, die lebensgefährliche Konkurrenz der Supermächte zu bremsen. Dadurch würden die Weltprobleme sicherlich nicht von heute auf morgen gelöst. „Aber vielleicht könnte es gelingen“, so schreibt Anton Andreas Guha in der ‚Frankfurter

Rundschau‘, „das Selbstbestimmungsrecht von Völkern etwas besser durchzusetzen, das Wettrüsten zu begrenzen, Konflikte in der Dritten Welt allein schon dadurch zu entschärfen, daß sie nicht gleich als ein Teil des Ost-West-Konflikts ideologisiert werden, den Nord-Süd-Konflikt durch ehrliche Kooperation zu mildern“.

Wie eine solche Politik aussieht, zeigt mit Geschick und Unerschrockenheit die französische Außenpolitik: während die Bonner Regierenden abwiegelten, stärkte François Mitterrand den polnischen Widerständlern und Unterdrückten den Rücken. Während die Bundesrepublik dem Morden in El Salvador zusieht, sprach Frankreich der dortigen Demokratischen Oppositionsfront die diplomatische Anerkennung aus; ein Schritt, der die Reagan-Doktrin von den guten Diktaturen und den bösen Kommunisten, wie sie für die gesamte westliche Hemisphäre gelten soll, durchkreuzt und damit weit über das kleine Land in Zentralamerika hinaus Bedeutung hat.

Auf anderer Ebene täten die Bürger, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen eines im Weltmaßstab vergleichsweise unermesslich reichen Landes wie der Bundesrepublik gut daran, einen neuen Typ von Solidarität handelnd einzuüben. Solidarisch sein mit Worten, Briefen und Tatkraft, mit Paketen und Geld, — und zwar mit allen Völkern, die sich gegen die Unterdrückung durch die Supermächte und ihre örtlichen Diktatoren wehren. Erforderlich ist diese neue Solidarität *ohne* Unterschied: für Afghanistan, für Bolivien, für die Türkei, für Guatemala, Haiti, Chile und Argentinien, für El Salvador und natürlich für Polen.

Thomas Seiterich  
in: Publik-Forum Nr. 2/1982